



HESSISCHER LANDTAG

16. 05. 2024

Plenum

Dringlicher Entschließungsantrag

Fraktion der AfD

Faktisches EU-Verbot für Diesel-LKW ist der Todesstoß für den Wirtschafts- und Logistikstandort Hessen

Der Landtag wolle beschließen :

1. Der Landtag stellt fest, dass der EU-Beschluss zur Reduktion von CO₂-Emissionen neuer Lastkraftwagen bis 2040 um 90 Prozent einem faktischen Verbot der Diesel-LKW gleichkommt.
2. Der Landtag stellt darüber hinaus fest, dass Transport und Logistik für das Wirtschaften aller hessischer Unternehmen essentiell sind, waren und sein werden. Wettbewerbsfähigkeit, Arbeitsplätze, Steuereinnahmen und Wohlstand werden in diesen Unternehmen generiert. Eine existentielle Bedrohung unserer Unternehmen ist eine existentielle Bedrohung unserer Gesellschaft.
3. Der Landtag betont die Notwendigkeit, Rahmenbedingungen für den Logistikstandort Hessen zu schaffen, die dessen Wettbewerbsfähigkeit stärken und den Erhalt der Arbeitsplätze in der Logistikbranche sichern.
4. Der Landtag stellt fest, dass derzeit weniger als 0,1 Prozent der LKW in Deutschland einen Elektroantrieb haben und die Umstellung auf Elektro-LKW pro Fahrzeug Mehrkosten zwischen 150.000 und 200.000 Euro verursachen würde.
5. Der Landtag betont, dass aufgrund der Ungewissheiten bezüglich der Langzeit-Leistung, Wartungskosten, Zuverlässigkeit und erzielbaren Restwerte beim Weiterverkauf von Elektro-LKW der Umstieg auf Elektro-LKW für Spediteure ein großes, zusätzliches Risiko darstellt.
6. Der Landtag stellt fest, dass für die flächendeckende Ladeinfrastruktur für Elektro-LKW mit Hochleistungs-Schnellladern und entsprechenden Parkplätzen enorme Kosten für die Wirtschaft und die öffentlichen Haushalte entstehen würde.
7. Der Landtag stellt fest, dass einseitige CO₂-Reduktionsmaßnahmen der EU, wenn sie nicht global gleichzeitig umgesetzt werden, die Wettbewerbsfähigkeit hessischer Unternehmen gefährden und zu höheren Kosten sowie Wohlstandsverlusten für die Bürger führen würde.
8. Der Landtag stellt fest, dass es unklar ist, woher der Strom aus nicht fossilen Energiequellen für die CO₂-neutrale Elektrifizierung der gesamten EU-Fahrzeugflotten kommen soll und die geplante Elektrifizierung damit einer kostspieligen Fahrt ins Ungewisse gleicht, bei der der Wohlstand des Landes gefährdet wird.
9. Der Landtag stellt fest, dass sinkende Unternehmensgewinne nicht nur die Unternehmen und die damit verbundenen Arbeitsplätze gefährdet, sondern auch sinkende Steuereinnahmen zur Folge hat, wodurch die öffentlichen Haushalte in ihrem Handlungsspielraum eingeschränkt werden.
10. Der Landtag stellt fest, dass ohne umfassende Überarbeitung der EU-Bestimmungen zum CO₂-Ausstoß von LKW, die Wettbewerbsfähigkeit der hessischen Logistikbranche nicht erhalten werden kann.
11. Der Landtag stellt fest, dass eine stärkere Berücksichtigung synthetischer Kraftstoffe und entsprechende Fördermaßnahmen auf nationaler und europäischer Ebene notwendig ist.

12. Der Landtag stellt die Notwendigkeit einer Emissionsbewertung fest, die den gesamten Lebenszyklus von Fahrzeugen berücksichtigt, um die tatsächlichen CO₂-Emissionen von Elektro-LKW im Vergleich zu Diesel-LKW transparent zu machen.
13. Der Landtag betont die Notwendigkeit, die Erhöhung der LKW-Maut um 83 % zurückzunehmen.
14. Der Landtag betont die Notwendigkeit, die nationale CO₂-Steuer ersatzlos zu streichen und die Energiesteuer für Diesel auf die zulässigen EU-Minima abzusenken.
15. Der Landtag stellt die Notwendigkeit fest, langfristig das Ziel der Klimaneutralität aus allen Ressorts zu entfernen und sich von jeglichen Transformationsplänen zu verabschieden, um die hessische Wirtschaft dauerhaft zu entlasten, ihre Wettbewerbsfähigkeit zu stärken und damit verlässliche Rahmenbedingungen für Wohlstand, Arbeitsplätze, Steuern und Gemeinwohl zu schaffen.

Begründung:

Die neuen Bestimmungen der EU, die CO₂-Emissionen neuer LKW bis 2040 um 90 Prozent gegenüber 2019 zu reduzieren, setzen die hessische Transport- und Logistikbranche unter enormen Druck. Die damit verbundenen finanziellen und technologischen Hürden bedrohen nicht nur die Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen, sondern auch fast alle Arbeitsplätze in der Region.

Die unzureichende Berücksichtigung alternativer Kraftstoffe verstärkt die Bedrohung zusätzlich. Daher ist es dringend erforderlich, dass die Landesregierung sich für eine Überarbeitung der EU-Bestimmungen einsetzt und gleichzeitig wirksame Maßnahmen zur Unterstützung der hessischen Logistikunternehmen ergreift, um den Wirtschafts- und Logistikstandort Hessen zu schützen.

Besonders bedenklich ist es, dass die EU bewährte und preiswerte Technologien, die sich im Markt lange zum Wohle von Wirtschaft und Gesellschaft etabliert haben, mit einem Ablaufdatum versieht und Industriezweigen unerreichbare und wirklichkeitsfremde Zielvorgaben macht.

Wenngleich die Wirtschaft in privater Hand belassen werden soll, ist das Ergebnis ihres Wirtschaftens jedoch zunehmend durch die Nachhaltigkeitsplanwirtschaft der EU bestimmt und diktiert.

Immer seltener können Unternehmen und Konzerne in eigener Verantwortung strategische Entscheidungen über ihre Zukunft treffen. Die sogenannte „Transformation der Wirtschaft“ wird damit offensichtlich zu einer Transformation in ein planwirtschaftliches System, ein Experiment mit historisch bekanntem Ausgang.

Allein die EU will in Zukunft darüber entscheiden, welche Fahrzeuge noch verkauft und entwickelt werden dürfen. Die Auswirkungen dieser Klimaplanwirtschaft auf den Zweig der Logistik- und Transportbranche werden verheerend sein: LKW transportierten 2021 3,7 Mrd. Tonnen Güter – fast zehnmal so viel wie Güterzüge. Die gesamte wirtschaftliche Struktur der Bundesrepublik hängt an der Zuverlässigkeit der Transport- und Logistikwirtschaft. Mit dem de facto-Verbot der Diesel-LKW bis 2040 wird die EU dieses Transportmittel ohne existierenden und gleichwertigen Ersatz abschaffen – und bedroht damit die Lebensader unserer Volkswirtschaft in existentieller Weise.

Wiesbaden, 16. Mai 2024

Der Parlamentarische Geschäftsführer:
Dr. Frank Grobe